

bischöfen im vergangenen Frühjahr) erwies sich allerdings als *wenig erfolgreich*: In den Niederlanden empfand man die Beschlüsse der Sondersynode trotz der einmütigen Zustimmung aller Bischöfe weithin als Diktat „von oben“, das man ablehnte oder zumindest sehr skeptisch betrachtete. Bei der Umsetzung der Synodenergebnisse wurden die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten unter den Bischöfen gleich wieder sichtbar, besonders deutlich in der Frage der Priesterausbildung. Anstelle eines neuen Elans machten sich, wie Kardinal Willebrands 1981 in einem Brief an die Priester seines Bistums beklagte (vgl. HK, Juni 1981, 274–276), vielfach Resignation, Verbitterung, Unsicherheit und Gleichgültigkeit unter den Katholiken breit.

Im Grunde genommen konnten die römischen Interventionen ihr Ziel deshalb nicht erreichen, weil sie zwar auf wirklich wunde Punkte aufmerksam machten, Abhilfe aber nur von der bloßen Einschärfung von kirchlicher Lehre und Disziplin oder durch eine entsprechende Personalpolitik erhofften. Sie berücksichtigten generell die Eigenheiten des niederländischen Katholizismus, die seine Geschichte, sein gesellschaftlich-kulturelles Umfeld und die speziell niederländisch nachkonziliare kirchliche Entwicklung betreffen, nur wenig. So kam es immer wieder zu Polarisierungen und Konfrontationen zwischen traditionsbewußten und kirchenreformerischen Katholiken, zwischen Bischöfen und

Räten, Gemeinden, kirchlichen Einrichtungen und Gruppen.

Kardinal Willebrands hatte während seiner ganzen Amtszeit und besonders nach der Sondersynode die undankbare Aufgabe, klare Grenzmarkierungen zu setzen (er tat das zuletzt in seinem Schreiben über das Priesteramt, vgl. HK, August 1982, 371–373), und zugleich zwischen den verschiedenen Strömungen in der Kirchenprovinz zu vermitteln. Er mußte daher den römischen Forderungen ebenso gerecht werden wie eingespielten Strukturen und Akzentsetzungen in der niederländischen Kirche.

Viele Reaktionen auf die Ernennung seines Nachfolgers lassen befürchten, Simonis werde in Zukunft einseitiger und kompromißloser die *vatikanischen Anliegen* vertreten. In jedem Fall dürfte man in Rom von dem neuen Erzbischof, der sein Amt etwa anderthalb Jahre vor dem geplanten *Papstbesuch* antritt, einiges erwarten, zumal wichtige Folgeprobleme der Sondersynode noch nicht endgültig geklärt sind.

### Am Ende einer Übergangsphase?

Es wird sehr viel davon abhängen, wie der neue Erzbischof von Utrecht an seine Aufgabe herangeht und wie sich die Zusammenarbeit im Episkopat entwickelt. Letztere wird sicher auch von der weiteren holländischen Personalpolitik des Heiligen Stuhles mitbe-

dingt werden. Daß Simonis ein gewisser, wenn auch mit Skepsis begleiteter Vertrauensvorschuß eingeräumt wird, ist ein positives Zeichen.

Die Kirche in den Niederlanden befindet sich gegenwärtig in einer *Übergangsphase*, in der auf allen Seiten und bei allen Gruppen ein gehöriges Maß an *Selbstbesinnung* erforderlich wäre. Inzwischen dürfte nach den Erfahrungen der letzten Jahre weithin klar geworden sein, daß sich das Rad weder zu einem romtreu-uniformen Katholizismus zurückdrängen läßt, wie er für die Niederlande lange charakteristisch war, daß aber auch der vor zwanzig Jahren eingeschlagene Weg nicht der alleinseligmachende ist und daß dieser nicht einfach unreflektiert-bruchlos weitergeführt werden kann.

Notwendig wäre eine *Konzentration* auf die auch für die niederländische Kirche wichtigsten und dringlichsten Aufgaben: Wie kann der Glaube in einer säkularisierten Gesellschaft gelebt und weitergegeben werden, welche pastoralen Prioritäten müssen auf diesem Hintergrund gesetzt werden? Damit sind die umstrittenen Fragen nach der Ausgestaltung und Ausübung des Amtes in der Kirche oder nach dem richtigen Verhältnis von Identitätssichernder Einheit und situationsgerechten Pluralität, im kirchlichen Leben die im niederländischen Katholizismus vielfach das Feld beherrscht haben, zwar nicht vom Tisch, sie werden aber in den Kontext gerückt, in den sie hineingehören. U. R.

## In fast tödlicher Gefahr

### Die Christdemokraten nach den italienischen Wahlen

Wenige Tage vor den Parlamentswahlen in Italien hieß es in „Le Monde“: „Dieses als instabil geltende Land ist in seinen Wahlentscheidungen nach dem Krieg in Wirklichkeit eines der beständigsten: die Christlichen Demokraten schwanken zwischen 35 und 40 Prozent, die Sozialisten zwischen 10 und 11, die Kommunisten zwischen 30 und 35. Und diese scheinbar so staatsferne, der Teilnahme am öffentlichen Leben so abgeneigte Wählerschaft weist unter den liberalen Demokraten des Westens mit 85 bis 90 Prozent eine der höchsten Wahlbeteiligungen auf.“ Mit diesen Zahlenangaben kommentierte das französische Renommierblatt, um es vorsichtig auszudrücken, zwar

sehr summarisch, jedenfalls wenn man das „nach dem Krieg“ wörtlich nimmt: Die DC gewann 1948 noch die absolute Mehrheit der Sitze in der Kammer, fiel aber in fast allen späteren Wahlen auf einen Stimmenanteil von knapp unter 40 Prozent zurück, die Sozialisten sanken von ursprünglich 20 Prozent (bei den Wahlen zur Konstituente 1946) auf knapp unter 10, während die Kommunisten von 19 Prozent (Konstituente) auf 34 Prozent (bei den Parlamentswahlen von 1976) anstiegen. Und die hohe Wahlbeteiligung, die bis 1976 jeweils deutlich über 90 Prozent lag, erklärt sich u. a. aus der Tatsache, daß in Italien Wahlpflicht besteht und deren Einhaltung Bestandteil des

polizeilichen Führungszeugnisses bzw. des staatsanwaltlichen Strafauszuges ist und beispielsweise für Bewerber oder Angestellte im öffentlichen Dienst relevant werden kann.

### Die Prognosen verhiessen nichts Sensationelles

Der Eindruck freilich, daß trotz aller Kompliziertheit und Eigenwilligkeit italienischer Politik im Wahlverhalten seit Jahren alles recht stabil sei, daß deshalb trotz aller verschärften innen-, vor allem wirtschaftspolitischen Krisenerscheinungen sich auch am 26./27. Juni am Kräftegleichgewicht der italienischen Parteien nicht viel ändern würde, ja daß gerade deswegen die von den Sozialisten erzwungene Vorverlegung der eigentlichen Wahlen überflüssig sei, bestand vor den Wahlen nicht nur im Ausland, sondern in Italien selbst. Auch die *Prognosen* enthielten nichts Sensationelles, die angekündigten Schwankungen für die einzelnen Parteien hielten sich zwischen einem und zweieinhalb Prozent. Die DC und die Kommunisten würden jeweils etwas verlieren, die Sozialisten leicht hinzugewinnen, eine gewisse Stärkung der kleinen Mittelparteien (Liberale, Republikaner, Sozialdemokraten) schien ausgemacht und eine Regierung der Mitte (wenn nötig unter Ausschluß der Sozialisten, wenn diese nicht *übermäßig* zunehmen würden) schien *numerisch* möglich. Einen Einbruch bei der DC erwartete niemand (vgl. dazu die im „Corriere della Sera“ am Vorabend der Wahl [25. 6. 83] veröffentlichten Zahlen der Doxa-Umfragen); eher hätte man den Christdemokraten noch einen Gleichstand mit 1979 (38,3 Prozent) oder sogar leichte Gewinne zuge-  
traut. Vermutet wurde allerdings, daß es mit der *Wahlbeteiligung* hapern würde und daß die Aufforderung der stark anarchistisch eingefärbten Radikalen Partei an die Anhänger anderer Parteien, weiße Stimmzettel abzugeben, angesichts eines verbreiteten Unbehagens an der seit den Nachkriegsjahren bestehenden Parteienherrschaft einigen Erfolg haben könnte.

Ob die eine Grundstimmung, es werde ohnehin nichts Einschneidendes passieren, die andere, das Unbehagen an dem, was Parteien als politische Organe mit den Christdemokraten als Erstverantwortlichen zustande bringen, verdeckt hat und so selbst zu einer der Ursachen des Erdbebens wurde, sei dahingestellt. Auf jeden Fall hat der Verlust von 5,4 Prozent (Kammer) und 5,9 Prozent (Senat) nicht nur der Verantwortlichen der DC die Sprache verschlagen, sondern Freund und Feind überrascht. Zur gegenwärtigen Situation schien der massive Stimmenverlust der DC in keiner Weise zu passen: Die *letzten Regierungen*, nicht nur die zwei Kabinette des Republikaners *Spadolini*, sondern auch die der Christdemokraten waren gemessen an der Situation so erfolglos nicht; die *großen* die DC, aber nicht nur sie betreffenden *Skandale* lagen schon einige Zeit zurück, die Terrorismusbekämpfung brachte der italienischen Polizei Erfolge, die lange nicht für möglich gehalten wurden und selbst den traditionellen Formen organisierter Großkriminalität (Mafia, Camorra)

schien man in letzter Zeit nicht mehr einfach wehrlos gegenüberzustehen; der lange Zeit in Richtung historischer Kompromiß weisende *Linkskonformismus* war längst abgeflaut, den 1976 noch für möglich gehaltenen „sorpasso“, die *Überholung* der DC durch die Kommunisten als relativer Mehrheitspartei, fürchtete schon seit den Wahlen von 1979 niemand mehr. (Sollte gerade diesmal eintreten, was niemand mehr vermutete? Die Hochrechnungen während der Stimmenausschüttung gaben den Kommunisten zeitweise 32,10 Prozent gegenüber 31,7 für die DC.)

Das Land durchzog eher eine *neokonservative Grundstimmung*. Und zum erstenmal schien die DC nicht nur diese Grundstimmung konsequent aufzunehmen (Sparpolitik, Vorrang der Haushaltssanierung gegenüber Sozialleistungen, Mäßigung in den Tarifabschlüssen), sondern es schien ihr auch ein Stück innerer Erneuerung (weg von einer an klientelen- und „correnti“-gebundenen Partei der Machterhaltung, hin zu einer auch wirtschaftspolitisch Profil zeigenden modernen Massenpartei) zu gelingen. Das Ansehen der Partei war unter der Führung des von links kommenden, aber die Partei von der Mitte her prägenden Südtaliensers *Ciriaco De Mita* wieder gewachsen; sie schien auch nicht nur die Verwicklungen mit der Mafia im Süden und den Anhängern der Loge „P 2“, sondern auch die erste Regierung unter nicht christdemokratischer Führung einigermaßen schadlos überstanden zu haben. In den Medien jedenfalls schlug das vermutete *neue Ansehen* von mitterechts bis ziemlich weit links deutlich durch.

### Der italienische Wähler wollte den Vielparteienstaat

Dennoch fällt das Ergebnis nicht ganz aus dem Rahmen des in Italien Möglichen. Denn erstens hat es, anders als es „Le Monde“ darstellt und im Gegensatz zu dem, was über die Beständigkeit italienischer Wähler gemeinhin verbreitet wird, seit der Gründung der Republik durchaus öfter *Einbrüche* gegeben; und zweitens gibt es auch diesmal plausible Erklärungsgründe, warum es so gekommen ist. *Als stabil erwiesen hat sich in der Nachkriegszeit nur das italienische Parteiensystem* insgesamt. Keine nach dem Krieg gegründete klassische Partei wurde jemals vom Wähler völlig desavouiert; das gilt, sieht man von den in der Nationalen Rechten mit dem MSI eingegangenen Monarchisten einmal ab, von den Neofaschisten (MSI) bis zu den Kommunisten, in besonderer Weise aber für die kleinen bürgerlichen liberal-sozialen Mittelparteien. Von diesen kam zwar kaum eine einmal über 5 Prozent, aber ihre festeingewurzelte Stammwählerschaft reichte angesichts des reinen Verhältniswahlrechts aus, um sich jeweils halten zu können. Neugründungen dagegen konnten sich kaum einmal über eine oder zwei Legislaturperioden hinaus am Leben erhalten.

Auch der *Gesamtrahmen des Parteiensystems* und seine Eckwerte haben sich kaum verändert. Ohne die DC konnte nie regiert werden, sie blieb immer die Partei der relativen Mehrheit. Die Kommunisten waren jeweils als zweitstärk-

ste Gruppierung „klassische“ Oppositionspartei, ohne jemals wirkliche Aussicht auf Regierungsbeteiligung zu erhalten. Nur die Regierungen Andreotti während der siebten Legislaturperiode wurden von außen und auf Grund eines Abkommens der DC mit den Parteien des sog. Verfassungsbogens (mit Ausnahme der Liberalen) von den Kommunisten unterstützt. Die einzige größere Veränderung von Gewicht vollzog sich unter der hauptsächlichlichen Regie *Aldo Moros* in der ersten Hälfte der sechziger Jahre mit der Hereinnahme der Sozialisten in die Regierung, die sog. *Öffnung nach links*, die zwar den Manövierraum für Regierungsbildungen erweiterte, und die Sozialisten als Gesamtpartei deutlicher auf Distanz zu den Kommunisten brachte, den Sozialisten selbst aber keine größeren Zuwächse bescherte.

Die Ergebnisse der Wahlen zur Abgeordnetenversammlung seit Kriegsende nach Prozenten

Parteien	1946 <sup>1</sup>	1948	1953	1958	1963	1968	1972	1976	1979	1983
DC	35,2	48,5	40,1	42,3	38,3	39,1	38,7	38,7	38,3	32,9
PCI	19,0	31,0 <sup>2</sup>	22,5	22,7	25,3	26,9	27,1	34,4	30,4	29,9
PSI	20,7	31,0 <sup>2</sup>	12,7	14,2	13,8	14,5 <sup>3</sup>	9,5	9,6	9,8	11,4
PSDI	—	7,1	4,5	4,6	6,1	14,5 <sup>3</sup>	5,1	3,4	3,8	4,1
PRI	4,4	2,5	1,6	1,4	1,4	2,0	2,9	3,1	3,0	5,1
PLI	6,8	3,8	3,0	3,5	7,0	5,8	3,9	1,3	1,9	2,9
PR	—	—	—	—	—	—	—	1,1	3,5	2,2
PSIUP	—	—	—	—	—	4,5	1,9	—	—	—
DP	—	—	—	—	—	—	—	1,5	—	1,5
MSI	5,3	2,0	5,8	4,8	5,1	4,4	8,7 <sup>4</sup>	6,1	5,3	6,8
PDIUM	2,8	2,8	6,8	4,8	1,7	1,3	8,7 <sup>4</sup>	—	—	—
SVP	—	0,5	0,4	0,5	0,4	0,5	0,4	0,5	0,6	0,5
Übrige	3,1	2,3	2,9	1,8	1,3	1,4	0,8	0,8	0,6	2,7

<sup>1</sup> Wahl zur Konstituente, <sup>2</sup> Sozialisten und Kommunisten zusammen, <sup>3</sup> Sozialisten und Sozialdemokraten zusammen, <sup>4</sup> Neofaschisten und Monarchisten zusammen

Beträchtlich *verschoben aber haben sich die Gewichte der einzelnen Parteien*. Die wichtigsten Beispiele: Bei den Wahlen zur Konstituente 1946 hatte die DC einen Stimmenanteil von 35,2 Prozent. Bei den ersten Parlamentswahlen 1948, die ganz im Zeichen der Machtübernahme der Kommunisten in den osteuropäischen Ländern, der Verschärfung der Ost-West-Auseinandersetzungen und deshalb vor allem im Zeichen der Abwehr der kommunistischen Gefahr standen, stieg unter der Führung *De Gasperi* deren Anteil auf 48,5 Prozent. Aber schon bei den nächsten Wahlen 1953, ebenfalls noch unter *De Gasperi*, mußte sie ganze 8,4 Prozent abgeben und fiel auf 40,1 zurück. *De Gasperi* wollte die damals starke Position der DC nutzen, um durch *Einführung des Mehrheitswahlrechtes* Italien eine stabile Regierung und der DC Vorherrschaft auf Dauer zu sichern. Gleichzeitig wurde per Gesetz (die sog. *Lex Scelba*, benannt nach dem heute noch lebenden legendären Innenminister der Ära *De Gasperi*) ein vor allem auf den MSI zielendes *Verbot radikaler Parteien* angestrebt. Das Mehrheitswahlrecht (von seinen Gegnern *Lex Scelba* bewirkte das genaue Gegenteil: DC-Wähler selbst als Idee kaum noch ernsthaft aufgegriffen. Und die *Lex Scelba* bewirkte das gemeine Gegenteil: DC-Wähler (vor allem im Süden) von 1948 liefen in Scharen zum MSI

und zu den ebenfalls an der Rechten angesiedelten Monarchisten des napolitanischen Reeders *Achille Lauro* über (beide Parteien zusammen stiegen von 4,8 auf 12,6 Prozent). 1963 verlor die DC nach einem leichten Anstieg 1958 mit 4 Prozent wiederum beträchtlich, diesmal im Vorfeld der *Öffnung nach links* vor allem an die Sozialdemokraten und die Liberalen. Seitdem ist die DC nie mehr an die vierzig-Prozent-Grenze herangekommen, sondern blieb über alle innenpolitischen Umschwünge und Erdbeben hinweg konstant bei 38/39 Prozent.

In der gleichen Zeit veränderte sich kontinuierlich das Gewicht der *Kommunisten*. Diese lagen 1946 bei 19 Prozent (Konstituente) und landeten bei ziemlich konstanten Zuwächsen in der Zwischenzeit in den siebziger Jahren bei über 30 Prozent. Den größten Sprung schaffte die KPI mit 7,3 Prozent Zuwachs und einem Anstieg von 27,1 auf 34,4 1976. Es war die Zeit eines allgemein sich ausbreitenden, vor allem das emanzipatorische Bürgertum einschließlich der Medien erfassenden *Linkskonformismus*, der im Zeichen des von den Kommunisten angestrebten „*compromesso storico*“, eines Bündnisses zwischen „progressiven“ Christdemokraten und Kommunisten stand. Die damalige *Angst vor dem „sorpasso“* stabilisierte die DC aber noch einmal bei 38,7 Prozent, vor allem auf Kosten der Kleinparteien, die 1976 auf ihr historisches Minimum von zusammen 7,8 Prozent herabsanken. Mit dem deutlichen Abklingen des Linkskonformismus und einer relativ guten Periode für die Christdemokraten unter den von außen von den Kommunisten gestützten Regierungen *Andreotti* und dem Heraufkommen einer nicht marxistischen Linkspartei in Gestalt des Radikalen *Marco Panellas* sank die KPI 1979 wieder auf 30,4, während die DC anstatt der ihr allgemein vorausgesagten Gewinne nochmals etwas (0,4 Prozent) verlor. Der schon im Ansatz gescheiterten, hauptsächlich ideellen, politisch eher profilarmer Reformversuche des moderat linksorientierten, persönlich sympathischen DC-Chefs *Benigno Zaccagnini* vermochten damals weder das ökonomisch noch das emanzipatorisch denkende Bürgertum auf Dauer an die DC zu binden: vermutlich eine der Fernursachen des jetzigen Rückschlags.

Nicht minder deutlich sind die Gewichtsverschiebungen indessen bei den *Sozialisten*. Bei der Wahl zur Konstituente überrundeten die damals geeinten Sozialisten und Sozialdemokraten mit 20,7 Prozent noch die Kommunisten (19 Prozent), wobei sie sich ihre höchsten Stimmenanteile vor allem in den Industriegroßstädten des Nordens holten. (Wenn jetzt die Sozialisten in den beiden größten Industriestädten Mailand und Turin sogar von den linksliberalen, aber wirtschaftsnahen Republikanern überholt wurden, so besagt das, daß die Sozialisten im Grund in keiner geringeren Krise stecken als die DC.) Bei den ersten Parlamentswahlen 1948 machte Sozialistenführer *Pietro Nenni* den staats- und parteipolitischen Fehler seines Lebens und ging mit den Kommunisten *Togliattis* eine Listenverbindung ein. Das führte nicht nur zu einer besonders hohen Mobilisierung der bürgerlichen Kräfte, sondern auch zur Abspaltung der unter der Füh-

rung *Giuseppe Saragats* stehenden gemäßigten Sozialdemokraten, die damals gut 7 Prozent der Stimmen gewannen, während es Sozialisten und Kommunisten (als Volksfrontbewegung) zusammen auf 31 Prozent brachten.

Damit begaben sich die Sozialisten gegenüber der KPI in eine subalterne Position, beförderten selbst die Kommunisten zur zweiten politischen Kraft in Italien, brachten das Land endgültig um die Möglichkeit eines normalen demokratischen Wechsels und trugen wesentlich zur *Verfestigung des italienischen Parteiensystems* bei, das seither zwischen der Unmöglichkeit des Wechsels und dem Zwang zu schwachen Regierungen eingeklemmt ist, ohne selbst im positiven Sinne viel bewegen zu können. Außer bei den Wahlen 1968, wo es noch einmal zu einem Zusammengehen mit den Saragat-Sozialisten kam, gelang es den Sozialisten auch nicht annähernd, die 15-Prozent-Grenze nochmals zu erreichen. Sie blieben in den siebziger Jahren trotz aller innenpolitischen Turbulenzen und des politischen Niedergangs der DC fast unbewegt zwischen 9 und 10 Prozent.

Der Neuaufschwung unter *Bettino Craxi*, der aus der sozialdemokratischen, sozialistisch-marxistischen und radikal-liberal-anarchistischen Kräftepotentialen lebenden Sozialisten eine schlagfertige sozialdemokratische Partei nach deutschem Muster formen wollte, stellte die Partei damit unter einen Anspruch, dem sie weder kurz- noch mittelfristig nachkommen kann und der langfristig nur realistisch wäre, wenn es zu einer Neuformierung der sozialdemokratisch-sozialistischen Kräfte in Italien käme. Der Zuwachs von 1,6 (Kammer) und 1 Prozent (Senat) auf insgesamt 11,4 Prozent bleibt denn auch äußerst bescheiden, und er wäre vermutlich noch geringer ausgefallen, hätte Craxi nicht vorzeitig die Notbremse Neuwahlen gezogen. Das Ansehen von Craxis Partei ist eindeutig rückläufig. Wenn Craxi voraussichtlich dennoch der nächste Ministerpräsident Italiens wird, dann nicht wegen des Zuwachses oder der Stärke seiner Partei, sondern wegen der Schwäche der anderen und weil ein Jonglieren mit den nun mit der DC fast gleichstarken KPI zu riskant geworden ist.

Gerade am Beispiel Sozialisten aber zeigt sich, daß die *wichtigsten Weichenstellungen* durch Parteien und Wähler in der unmittelbaren Nachkriegszeit erfolgten und später das Parteiensystem trotz beträchtlicher Kräfteverschiebungen sich kaum noch grundlegend geändert hat, was allerdings nicht zu einer Unterbewertung der realen Veränderungen im Lande führen sollte.

### Irgend jemand mußte die Kosten tragen

Aber nicht nur die Veränderungen „nach dem Krieg“ sind einschneidender als gemeinhin angenommen, auch der jetzige „tracollo“ (Absturz) der Christdemokraten im Urteil der Wähler ist letztlich so überraschend nicht, wie er erscheint. Das gilt selbst schon für das reine *Zahlenkalkül*. Wenn (bei einem hohen Anteil von Unentschiedenen) so-

wohl mit Zugewinnen bei den Sozialisten wie bei den bürgerlichen Parteien der Mitte, aber nur mit geringen Verlusten der Kommunisten gerechnet wurde; wenn sich überdies ein Rückgang der Wahlbeteiligung abzeichnete und damit gerechnet werden mußte, daß die Kampagne für eine Wahlentscheidung mit weißen Stimmzetteln nicht in erster Linie zu Lasten der Radikalen gehen konnte – die italienischen Bischöfe haben sich übrigens in einer eigenen parteipolitisch ziemlich neutral gehaltenen Erklärung ausdrücklich gegen diese Kampagne gewandt (vgl. *Corriere della Sera*, 5.6. 83) –: dann mußten diese Stimmenverschiebungen ja zu jemandes Lasten gehen, zumal auch dem MSI, wenn schon kein Zugewinn, so doch auch kein Rückfall prognostiziert wurde.

*Wahlergebnisse vom 26./27. Juni 1983 in Prozenten und Sitzen*

	Senat			Kammer		
DC	32,4	120	(-18)	32,9	225	(-37)
PCI	30,8	107	(-2)	29,9	198	(-3)
PSI	11,4	38	(+6)	11,4	73	(+11)
PSDI	3,8	8	(-1)	4,1	23	(+3)
PRI	4,7	10	(+4)	5,1	29	(+13)
PLI	2,7	6	(+4)	2,9	16	(+6)
PR	1,8	1	(-1)	2,2	11	(-7)
DP	1,1	-		1,5	7	(+7)
MSI	7,3	18	(+5)	6,8	42	(+12)
SVP	0,5	3		0,5	3	(-1)
Übrige	3,5	4	(+3)	2,7	2	(+1)

Überdies versuchten sich eine Reihe von *Regionalparteien* und spezielle Interessengruppen dem Wähler zu stellen. Angesichts des wenigstens sporadischen Erwachens eines ausgeprägten Regionalismus, mußte mit Achtungserfolgen einzelner Regionalparteien gerechnet werden. Tatsächlich blieb nicht nur die *Union Valdautaine* erfolgreich, während die *Südtiroler Volkspartei* auf Grund von Abspaltungen leicht zurückfiel und einen Abgeordnetensitz einbüßte, sondern konnten sowohl die *Sardische Aktionspartei* wie die „*Liga Veneta*“, die zum erstenmal antrat, je einen Senator und einen Kammerabgeordneten entsenden, während die sog. *Pensionistenpartei*, weil sie nirgends das nötige Quorum erreichte, zwar keine Abgeordneten entsenden, aber auf Anhieb knapp über eine halbe Million Stimmen auf sich vereinigen konnte. Bedenkt man, daß die Stimmenthaltungen insgesamt (Wahlenthaltung plus weiße Stimmzettel) um 2,9 (Kammer) und 3,6 (Senat) zunahmen und die *Kampagne für weiße Stimmzettel* bis in die entlegenen Bergtäler Südtirols hinein, wo es gewiß keine Radikalen im Sinne Marco Panellas gibt, meßbaren Erfolg hatte, dann mußte ja dieses ganze Potential verschobener Stimmen auf irgend jemandes Kosten gehen.

Warum aber gerade auf Kosten der DC? Auch dafür gibt es Erklärungsmöglichkeiten, wobei sich *Nab- und Fernursachen* so ineinander verwickeln, daß die Gewichte im einzelnen kaum auszumachen sind. Ein Argument war in den ersten Tagen nach den Wahlen immer wieder zu hören: Es habe diesmal keinen zwingenden Grund gegeben, DC zu wählen, denn es fehlte die kommunistische Gefahr.

Um so leichter sei es dem vorhandenen Protestpotential gefallen, seinen Protest jeweils nach eigenem Geschmack und ohne irgendwelche politischen Rücksichten auszudrücken. Daran ist richtig, daß bei diesen Wahlen von Kommunisten niemand etwas befürchtete. Da für beide Parteien mit leichten Verlusten gerechnet wurde, war auch eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen den beiden Parteien nicht erwartet worden.

Ein Stück weit galt das aber auch schon für die Wahlen von 1979. Die Kommunisten hatten bereits mit dem zunächst bei den Regionalratswahlen 1975 und dann bei den Parlamentswahlen 1976 erreichten Höchststand an Wählerstimmen ihren politischen Zenit eindeutig überschritten. Die programmatische Einbindung der Kommunisten in die nachfolgenden Regierungen der linken Mitte hatte der KPI keinen neuen Aufschwung mehr gebracht, sondern ihre internen Schwierigkeiten verstärkt. Doch fiel die KPI erst in der letzten Legislaturperiode wieder in ihre alte Selbstisolierung zurück, obwohl eine ganze Reihe parlamentarischer Vorbehalte gegen sie abgebaut worden waren. Insofern war das jetzige Wahlergebnis wohl die Spätwirkung des Schwindens der kommunistischen Gefähr.

Das läßt zugleich auf *weit zurückliegende Ursachen* der Wahlniederlage der DC schließen. Eine wurde schon angedeutet: das Scheitern der Parteireform unter Zaccagnini. Hätte die Führung der christlichen Demokraten bereits vor 1976 die Selbstreform der Partei im gleichen Sinne aufgenommen wie im letzten Jahr unter De Mita, hätte sie möglicherweise das Blatt noch wenden können. De Mitas Profilkuren waren nicht falsch, sondern kamen für diese Wahlen zu spät; in anderthalb Jahren ließ sich die veränderte Ausrichtung der Partei weder dem Wählervolk noch der Parteibasis hinreichend vermitteln; daß die DC-Führung öffentliche Meinung veröffentlichter Meinung gleichsetzte, indem sie meinte, die Beurteilung in den Medien entspreche einer ebenso ausgeprägten Pro-DC-Stimmung in der Bevölkerung, mag ihr Fehler gewesen sein. Hinzu kamen weitere Fehleinschätzungen, z. B. die, daß eine im Sinne ökonomischer Rationalität engere Verbindung mit den Vertretern der Wirtschaft und eine damit verbundene Straffung der Ausgabenpolitik in einem Lande wie Italien Wählerstimmen bringt. Hätte die DC die jetzige Programmatik bereits 1976 konsequent angesetzt, wäre ihr vielleicht jetzt mehr zugestimmt worden. So nahm man zwar den wirtschaftlich als kompetent ausgewiesenen Republikanern mit ihrer Vaterfigur Spadolini – als Ausdruck soliden Regierens – ab, daß sie es mit einem „programma di rigore“, mit einer *strengen Sparpolitik* ernst meinte, aber nicht der durch bald 40 Jahre Machtübung verbrauchten DC.

Die für die DC schlimmste Auskunft dieser Wahlen ist aber die, daß die Christdemokraten von vielen bürgerlichen Wählern schon lange nicht mehr um ihrer selbst willen, sondern als *Sicherheitsgarantie* gegen eine drohende Erstarkung der Kommunisten und damit mehr aus außen- denn aus innenpolitischen Gründen gewählt wird. Eine

solche Einschätzung reichte bisher noch zum Stagnieren. Jetzt wo die Kommunisten nichts unmittelbar Bedrohliches mehr darstellen, langte es auch dazu nicht mehr.

### Wenig Aussicht auf Wiederaufschwung

Kann sich die DC vom jetzigen Schlag mittelfristig noch einmal erholen? Es mögen nicht wenig Wähler gewesen sein, die erschrocken über den Stimmenverlust der DC und die damit parallele, politisch ganz unverdiente Wiederaufwertung der Kommunisten nach dem 27. Juni Umkehr gelobten. Sicher würde anders gewählt, wenn jetzt in Kenntnis des Ergebnisses vom 27. Juni nochmals gewählt würde.

Aber mehr als solche hypothetischen Fragen könnte ein *Vergleich* weiterführen. Als die Kommunisten 1976 ihren höchsten Stimmenanteil erreichten bzw. geradezu erdrutschartig zunahm, ohne daß es ihnen gelang, die DC einzuholen oder gar an ihr vorbeizuziehen, war abzusehen, daß ihr politisches Gewicht schwächer werden würde, ja daß die Zeit sowohl der angestrebten „Hegemonie von links“ wie des historischen Kompromisses vorbei war. Könnte es jetzt umgekehrt sein, daß mit der tiefsten Niederlage der DC deren Aufstieg beginnt?

Viele Gründe sprechen dagegen, vor allem *zwei*: 1. Die DC hat diesmal in ganz Italien fast *gleichmäßig* verloren; *Ausnahmen* waren lediglich die beiden südlichen Regionen Basilicata und Molise, wo sie sogar noch beträchtlich dazugewann. Ansonsten verlor sie in Nord und Süd in Regionen mit „bürgerlichen“ und mit linken Mehrheiten, in letzteren sogar etwas weniger als in ersteren. Vor allem aber verlor sie in den großen Städten des Nordens wie des Südens, im Norden stärker zugunsten der Mittelparteien, im Süden vor allem zum Vorteil des MSI und der Sozialisten. Sie verlor, um nur einige Beispiele zu nennen, in Mailand 7,5 Prozent, in Turin 7,1, in Venedig 7,3, in Bologna 5,6, in Florenz 7,6, in Rom 5,9, in Neapel 8,7, in Bari 8,2, in Cagliari 7,8, in Palermo 8,8. Wenn man bedenkt, daß sie in Mailand auf 22 Prozent und in Turin, der zweitgrößten Industriestadt Italiens, gar auf 19,6 Prozent sank, dann drückt sich darin ein schon fast tödlicher Krankheitszustand aus. Ein solcher Stimmenanteil signalisiert Kontakt- und Einflußverluste in großen Teilen tonangebender sozialer Schichten, die kaum noch gutzumachen sind. 2. Je mehr die Partei an politischem Einfluß verliert bzw. die politische Macht als nur noch eine Partei von mehreren mit den anderen teilen muß, ohne sich in der Opposition neu formieren zu können, um so mehr wird sie auch an interessierter Klientel verlieren. Je weniger sie in den Augen ihrer traditionellen Anhänger als vorrangige Interessenvertreterin (im weitesten Sinne) taugt, um so entbehrlicher erscheint sie vielen als politische Kraft. Da der Staat eine sehr abstrakte Realität ist und Politik als staatliches Handeln vornehmlich über Interessenhändler in den gesellschaftlichen Zwischenfeldern und kaum parlamentarisch vermittelt werden kann, ist so etwas in Italien für eine Partei besonders tödlich. Schon

jetzt hat ihr der Versuch, aus einer Partei vielfarbiger und vielschichtiger Interessenvertretung eine stärker an den unmittelbaren Staatsaufgaben orientierte Volkspartei zu bilden, beträchtlich viele Wähler gekostet. Eine Chance dürfte die DC dennoch am ehesten bekommen, wenn sie den unter De Mita entwickelten Kurs konsequent fortsetzt hin zu einer modernen, gemäßigt konservativen Volkspartei wirtschaftlicher Vernunft. Eine gewisse Ermutigung für die DC, die allerdings nicht überschätzt werden sollte, ist die Tatsache, daß, vergleicht man das Ergebnis der Kammerwahlen (32,9) mit dem für den Senat (30,8), die unter 25jährigen (für den Senat darf erst ab 25 gewählt werden) etwas weniger zahlreich abspenstig geworden sind als die übrige Wählerschaft.

#### Ausgewählte Ergebnisse aus Großstädten

	Mailand	Turin	Florenz	Rom	Neapel	Palermo
DC	22,5	19,6	24,7	28,3	21,8	36,0
PCI	27,0	34,3	40,0	29,9	31,5	18,7
PSI	11,0	9,2	10,2	8,6	8,9	9,8
MSI	7,7	6,7	5,1	10,4	20,0	12,1
PRI	12,3	10,2	7,6	5,3	3,6	5,7
PSDI	3,7	3,5	2,2	4,0	4,8	5,3
PLI	6,2	6,8	2,6	3,5	2,9	3,6
DP <sup>1</sup>	3,4	2,1	1,9	1,5	1,3	1,7
PNP <sup>2</sup>	2,1	2,7	2,5	2,0	1,8	2,2
PR <sup>3</sup>	4,1	4,6	3,1	4,6	2,9	2,9

<sup>1</sup> Democrazia Proletaria, <sup>2</sup> Partito Nazionale Pensionati (Pensionistenpartei), <sup>3</sup> Partito Radicale

Zwei Tendenzen bzw. Gefahren stehen dagegen, daß sie diese Chance nutzen kann. Die erste: Der De Mita im Prinzip unterstützende katholische „Sabato“ (2.7. 83) meinte, Wirtschaftspartei und Partei der Katholiken, das gehe nicht zusammen und: „als Pragmatiker stirbt man.“ Daran ist richtig, daß die DC sowohl personell wie programmatisch mehr Profil braucht und daß dieses Profil nicht das Ergebnis einer Addierung ökonomischer und ideeller Sichtweisen oder Interessen sein kann. Aber nichts wäre falscher als das Schlagwort „Wieder bei den Katholiken ansetzen“. Der italienische Katholizismus ist gerade dort, wo er geistig lebendig ist, politisch längst plural. Es ist gerade das Verhängnis der DC, daß sie es nicht verstand, auf den zunehmenden Bedeutungsverlust des ka-

tholischen Elements als politische Zielgruppe und auf dessen Pluralisierung mit einer neuen Formulierung ihrer Ziele und Strategien zu reagieren. Mit den 32,9 Prozent bei den Wahlen vom 26./27. Juni erreichte sie ungefähr das Ergebnis der Gesetzesgegner beim Referendum über das Abtreibungsgesetz von 1981 (32,1) (vgl. HK, Juli 1981, 369). Das sagt alles. Eine Chance, führende Kraft zu bleiben bzw. es wieder zu werden, hat die DC nur als konfessionell ungebundene Volkspartei, die christlich-soziale, populistisch-konservative und liberal-bürgerliche Strömungen zu praktischer Politik bündelt.

Die zweite Gefahr: daß die DC auch das bereits neu gewonnene Profil im Handeln und Verhandeln mit den anderen Parteien, vor allem mit den Sozialisten schon wieder verliert, bevor es an ihr sichtbar geworden ist, da die Sozialisten mit traditioneller Verteilungspolitik Italien aus der Krise führen möchten. Hier wiederholt sich, was der DC immer schon geschadet hat, ohne daß es von all ihren Flügeln als Schaden ausreichend erkannt wurde: Der Zwang zum Kompromiß zwischen vor allem wirtschaftspolitisch gegensätzlichen programmatischen Ansatzpunkten und die Notwendigkeit, den Kompromiß als *Regierungswirklichkeit* vertreten zu müssen, verhindert immer wieder eine Schärfung des Profils gerade der Partei der relativen Mehrheit. Der Stellvertreter De Mitas, *Mazzotta*, traf sicher den Nagel auf den Kopf, als er feststellte (La Repubblica, 29.7. 83), aus den Urnen sei ein Wahlergebn herausgekommen, das im Gegensatz steht zu den Erfordernissen der wirtschaftlichen Situation. Wenn die jetzt unentbehrliche Zusammenarbeit mit den Sozialisten zu einer Vereinheitlichung regionaler Regierungen nach nationalem Muster, also zur Auflösung zahlreicher von Sozialisten und Kommunisten gemeinsam gebildeten Stadt-, Provinz- und Regionalregierungen führen würde, so wäre das wenigstens insofern ein Gewinn als die *innenpolitischen* Fronten dadurch klarer werden. Aber die Wahrscheinlichkeit, daß die Sozialisten des bestehenden Manövrierraums zwischen Kommunisten und Christdemokraten sich selbst begeben werden, ist gering. Größer ist die Gefahr, daß die DC für die Zusammenarbeit mit den Sozialisten einen zu hohen Preis durch Abstriche an der eigenen Substanz entrichten muß, der sie früher oder später zur Selbstaufgabe zwingt.

Andrea Dallago

## „Weder Angreifer noch Opfer sein“

### Zum Phänomen der Gewalt in Lateinamerika

Das Phänomen der Gewalt existiert weltweit und in vielfältigen Erscheinungsformen. Die hohe Anzahl und die große Häufigkeit gewalttätiger Auseinandersetzungen in den Ländern Lateinamerikas veranlassen Beobachter gelegentlich, aus der Sicht des alten Europa nach völkerpsychologischen Ursachen dieser „Neigung“ zu gewaltsamen Lösungen von Konflikten zu suchen. So sei die Mischung

aus dem präkolumbianischen Herrschaftsverständnis der alten indianischen Hochkulturen und iberischem Macht- und Eroberungsstreben, verstärkt durch einen mit weltlichen Mitteln betriebenen Messianismus besonders explosiv. Der später aufkommende Nationalismus und eine schwach entwickelte politische Kultur auf der Basis oligarchischer Strukturen (vor allem in Mittelamerika) hätten